

## **Arbeitsgruppe 2b:**

### **Wo und wie sollen Bürger beraten, wo entscheiden? Verknüpfung von formellen und informellen Elementen (Variantenplanung)**

Arbeitsgruppe 2b diskutierte einen konkreten Vorschlag der Bertelsmann Stiftung: die **Planungswerkstatt**. Dabei sollen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bekommen, **Trassenvarianten zu bewerten, zu priorisieren und auch abzulehnen**. Sie nehmen die **unterschiedlichen Interessen der anderen Bürger und der Verbände** wahr und entwickeln durch ihre Mitwirkung ein erhöhtes Verständnis für die Trassenfindung und Entscheidung. Die Ergebnisse einer Planungswerkstatt sind für die **Verwaltung eine wichtige Beratungs- und Entscheidungsgrundlage**.

Dieses Instrument soll **sehr frühzeitig**, also bereits **vor dem Raumordnungsverfahren** eingesetzt werden und bessere Bürgerbeteiligung ermöglichen. Wie diese Planungswerkstatt aussehen soll, ist noch nicht konkret festgelegt, sagte Arbeitsgruppensprecher Rolf Lührs, Geschäftsführer der Demos Gesellschaft für E-Partizipation mbh, Hamburg.

Es könnten hier **verschiedene Varianten** zum Einsatz kommen. Charakteristisch für die vorgeschlagene **Planungswerkstatt** soll jedoch sein, dass nicht die Betroffenen einbezogen werden, sondern **per Zufallsauswahl ein Querschnitt der Bevölkerung**. Dieser Kreis arbeitet dann im Rahmen einer oder mehrerer **Präsenzveranstaltungen** zum jeweiligen Thema.

Die Mitglieder der AG 2b einigten sich nach sehr kontroverser Diskussion darauf, dass die **Planungswerkstatt ein Instrument zur Partizipation sein kann**. So wurde z. B. gefragt, ob es Sinn macht, mit **relativ wenigen Bürgern** über eine Linieninfrastruktur zu diskutieren, die über mehrere hundert Kilometer geht. Müssen **überregional bedeutsame Infrastrukturprojekte nicht auch überregional beraten** werden? Und: Ist bei einer Planungswerkstatt wirklich eine Kompetenz von den Bürgern abzurufen oder dient die Veranstaltung mehr deren Information durch die Experten? Beides ist laut Gruppensprecher Lührs denkbar: „Man muss **nicht nur Information zum Bürger** bringen, sondern auch **seine Kompetenz abrufen**. Am besten ist dies jedoch durch eine regionale Eingrenzung möglich, z. B. auf Landkreisebene.

Ausführlich diskutierte die AG 2b den **Status einer Planungswerkstatt**. Mehrfach wurde betont, dass es nur ein **Rat** sein kann/sein soll, den die Bürger geben, also noch **unterhalb einer Empfehlung**, um keine falschen Erwartungen zu wecken und glaubwürdig zu bleiben. Allerdings wurde auch gefragt, ob dies wirklich ausreicht und ob man trennscharf zwischen Rat und Empfehlung differenzieren kann. Schließlich einigte man sich darauf, dass es ein guter Weg wäre, **gemeinsam mit den Bürgern an einer Liste von Vor- und Nachteilen** zu arbeiten. „Allerdings besteht immer die Gefahr, dass all dies von den formalen Verfahren wieder kassiert wird“, sagte Rolf Lührs. Immerhin kann eine Planungswerkstatt aber dazu führen, dass **Vorschläge von Bürgern ins formale Verfahren** eingehen, man insofern also **durchaus von einem realen Einfluss der Bürger** sprechen kann.

Die Planungswerkstatt ist laut AG 2b aber noch keine dezidierte Methode wie z. B. die Planungszelle, dennoch sollte sie ein **konkretes Ergebnis haben, das veröffentlicht wird**, um dann der **allgemeinen Öffentlichkeit weitere Mitsprache zu ermöglichen**. Dies sollte im Rahmen eines **öffentlichen Onlinediskurses** oder einer **Onlinekonsultation** geschehen. „Das

halte ich für sehr wichtig, damit man wegen der Zufallsauswahl nicht in den Verdacht eines Closed Shop gerät“, so Rolf Lührs.

**Konsens bei allen Beteiligten:** Die Planungswerkstatt wäre **im Vergleich zur jetzigen Planungspraxis ein großer Schritt nach vorn**. Ein **glaubwürdiger und respektvoller Dialog** ist geeignet, die **Planungskultur** insgesamt **verändern**.

Dazu Uwe Beckmeyer: „Im Grundsatz d'accord, jedoch darf man bei solchen Diskussionen die Themen **Beschleunigung und Kosten** nicht aus den Augen verlieren. **Sachverstand** ist wichtig, daher sollte man **neben den Bürgern auch immer die Verbände noch einbeziehen**. Durch eine Planungswerkstatt darf **keine Verzögerung** eintreten, um nicht ein zweites Stuttgart 21 zu provozieren.

„Das Thema Beschleunigung ist in der AG 2b nicht besprochen worden“, so Sprecher Rolf Lührs. Er sieht keine Verzögerungsgefahr, seiner Einschätzung nach ist die Planungswerkstatt **geschwindigkeitsneutral** und kann zudem sogar eine **höhere Akzeptanz von Entscheidungen** nach sich ziehen.

Matthias Schrade von der Piratenpartei sieht durch die Zusammensetzung einer Planungswerkstatt per Zufallsauswahl **wenige Möglichkeiten einer ernsthaften Motivation** bei den Teilnehmern, zumal das Ergebnis noch nicht mal Empfehlungscharakter habe. Er halte es für sinnvoller, hier über die Verbände zu gehen, wo Fachkompetenz und Engagement konzentriert seien. Dazu Rolf Lührs: „Es waren sehr viele Planungsexperten in der Arbeitsgruppe dabei und den Diskussionen entnehme ich, dass das von Ihnen angesprochene **Motivationsproblem nicht auftreten** wird.“

Die schriftliche Befragung der Symposiumsteilnehmer zum Instrument Planungswerkstatt ergab ein **sehr positives Bild**. Die Planungswerkstatt sollte **frühzeitig bei allen Projekten** eingesetzt werden, die Bürger sollten verantwortlich eingebunden werden. Probleme sehen die Befragten allerdings bei der **repräsentativen Zusammensetzung** der Teilnehmer und deren **Expertise**, bei der **Frage der Finanzierung** und im **hohen Aufwand des Verfahrens**. Wenn den Teilnehmern Fachwissen und Kompetenz fehlt, kann die Planungswerkstatt **keine bindende Funktion besitzen**, meinen einige der Befragten. Auch sollen Bürgerinnen und **Bürger keine höhere Entscheidungskompetenz** zugewiesen bekommen als Politik und Interessenverbände. **Methode und Verfahren** sind **sorgfältig abzuwägen**.